

Wochenblatt zu den
Dokumenten des Fortschritts
 Akademische Buchhandlung von
Max Drechsel, in Bern
 Erlachstrasse 23

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Jährlich 52 (Nummern deutsche & französische Ausgabe) für Fr. 4 i/d Schweiz; Mark 5 in Deutschland; Fr. 6 in den anderen Ländern.
 Mit der internationalen Revue «Dokumente des Fortschritts» (8 Jahrg.) : fr. 10 i/d Schweiz; Mark 10 in Deutschland; fr. 12 in den anderen Ländern.
 Einzelnummern der Menschheit: 10 Rappen (10 Pf.)

Schweizer Aktionskomitee des Bundes: Dr. Otfried NIPPOLD, alt Prof. d. Univ. Bern; Dr. Aug. FOREL, alt Prof. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, Vizepräsident des Gemeinderats von Lausanne; Prof. Dr. R. BRODA (Lausanne); O. VOLKART, Präs. d. Ordens f. Ethik & Kultur; Direktor TOBLER, Vorsitzender der Bernischen Ortsgruppe des Schweizerischen Monistenbundes; Hugo WASSERMANN, Lausanne; Fr. RUEDI alt Grossrat, Lausanne; Dr. F. UHLMANN, Zugerberg; WENGER, Mitgl. d. Zürcher Kantonalrats; E. PEYTREQUIN, Herausgeber d. «Libre Pensée intern.»; H. Hodler, Präs. d. Esperantoverbandes, Genf, u.a.m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts».

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FOERSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN Mitglied des deutschen Reichstags, Berlin; Dr. Carl Grünberg, Prof. a/d. Univ. Wien; Dr. MASARYK, Prof. a/d. Univ. Prag; CASTBERG, Staatsminister, Kristiania; Jean LONGUET, Mitglied d. franzö. Parlaments; Ramsay MACDONALD, Mitgl. d. engl. Parlaments; E. VANDERVELDE, belg. Minister; Dr. MAGALHAES LIMA, eh. Unterrichtsminister, Lissabonn; Dr. von NOE, Prof. a/d. Univ. Chicago, u.a.m.

Alle Zuschriften für die Schriftleitung der «Menschheit» wolle man an Herrn Fr. Ruedi, Mitglied des Aktionskomitees, Lausanne, 3, Jumelles richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

Wofür kämpft man?

Erwiderung von Ludwig Wagner

Leiter der Ferienkurse in Kaiserslautern.

Diese neuerdings von Ihnen gestellte Frage, die auf das Kriegsziel der streitenden Parteien hinausläuft, gibt mir willkommene Gelegenheit, falschen Auffassungen entgegenzutreten, die meine Antwort auf die Frage, ob Deutschland einen Eroberungskrieg führe, hervorgerufen zu haben scheint. Ich müsste doch in einem sonderbaren Lichte erscheinen, wenn ich als überzeugter und heftig angefeindeter Vertreter des Friedensgedankens so schnell «umgelernt» hätte, dass ich einer gewaltigen Aneignung eines fremden Landes das Wort reden wollte. Wer dennoch glaubte, dass ich es ganz am Platze hielte, wenn Belgien durch Deutschland «eingesteckt» würde, der übersah, dass ich eine solche Massnahme von einer ganzen Reihe von Bedingungen oder besser gesagt, Voraussetzungen abhängig machte. Auch wollte ich damit noch nicht zum Ausdruck bringen, dass ich unter den eintretenden Umständen die Aneignung von Belgien von meinem Standpunkte aus billigen würde, sondern ich wollte nur eine derartige Handlungsweise der deutschen Politik als erklärlich und vielleicht auch als zweckmässig erscheinen lassen, solange man sich eben in der gesamten europäischen Diplomatie nicht von den von uns vertretenen Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit, dem Gedanken von der Einheit der Kultur Menschheit leiten lässt, sondern von denen der bisher ausschliesslich geltenden moralfreien Machtpolitik. Es sollte damit gesagt sein, dass Deutschland allein für sich, ohne bei den anderen Grossmächten das rechte Verständnis zu finden, nicht eine Enthaltenspolitik üben könne, die wohl unseren Forderungen entspräche, von den gegnerischen Staaten aber als Schwäche ausgelegt und die deshalb nur den Machtzuwachs der anderen steigern würde. Dass solche Schlussfolgerungen nicht schlechterdings von der Hand zu weisen sind, dafür bietet uns ein Ereignis der letzten Tage einen augenfälligen Beweis. Als die Vorstandschaft der deutschen Sozialdemokratie auf Grund der durchgreifenden Waffenerfolge des deutschen Heeres im Osten in einer Kundgebung die Bereitschaft erklärte, in Friedensverhandlungen einzutreten, sofern die Gegenpartei solche wünsche, konnte man aus den sozialistischen Lagern in den feindlichen Ländern und noch mehr aus deren Regierungskreisen ein seltsames Echo vernehmen. Sofort las man aus dieser Kundgebung eine gewisse Kriegsmüdigkeit und Geneigtheit zum Frieden heraus, die nicht etwa auch auf der andern Seite die Sehnsucht nach dem Frieden steigerte, sondern vielmehr deren Willen erhöhte: zum Aushalten bis zur «vollständigen Niederwerfung Deutschlands» und zur Verwirklichung der gegen das Deutsche Reich gerichteten Eroberungspläne. Die Sozialisten der Westmächte suchten, nicht etwa wie ihre deutschen Parteigenossen, auf ihre Regierungen und die öffentliche Meinung im Sinne einer Friedensbereitschaft einzuwirken, sondern sie bestärkten vielmehr die Entschlossenheit zur Fortführung des Krieges. Es klingt fast wie Hohn, wenn der französische Abgeordnete, der Sozialist Renaudel, in seiner Antwort auf Haases «Gebot der Stunde»

die Deutschen beruhigt, dass von den französischen Sozialisten noch keiner von der Möglichkeit einer Annexion deutscher Gebiete gesprochen habe und doch hinzufügt: «Die Rückkehr der mit Gewalt genommenen Provinzen erfordern, heisst nicht von Annexion sprechen.» Angesichts solcher Tatsachen ist es im Hinblick auf die Wirkung im gegnerischen Lager beinahe ein gewagtes Unternehmen, noch ehe der Waffengang zum endgiltigen Austrag gekommen ist, zu erklären: es sollte keine Handbreit Land inaktiert werden; gewagt deswegen, weil man, wie oben angedeutet, gerade das Gegenteil von dem, was man zu erreichen hoffte, durch eine solche Erklärung herbeiführen könnte, nämlich die Aufhebung der Kampflust statt Bereitschaft zu friedlicher Verständigung. Gewiss ist mit einer Zielstellung, wie «Sicherung eines Dauerfriedens», unserer Sache zunächst wenig gedient, weil man eben diese angebliche Sicherstellung auf beiden Seiten mit den verschiedensten Mitteln zu erreichen sucht. Wenn man auf Seiten der Ententemächte dieses Ziel heute noch u. zw. mehr denn je nur in der vollständigen Niederwerfung und Zerstückelung Deutschlands anstrebt, so kennzeichnet sich das Verlangen, das man an Deutschland, falls es endgiltig Sieger bleibt, stellt, nämlich, den Landbesitz der Gegner vollständig unangetastet zu lassen, als eine so starke Forderung an seine Selbstlosigkeit und Grossmut, dass man es diesem «barbarischen» Volke durchaus nicht übernehmen könnte, wenn es sich durch «Grenzregulierungen» so sicherstellte, dass künftige derartige Gelüste zu seiner Niederschmetterung bei seinen Widersachern im vorhinein als erfolglos betrachtet werden müssten. Trotzdem aber ist in grossen Volksschichten Deutschlands der Kulturgedanke so lebendig, dass man auf eine Geneigtheit, sich in der Annexion fremder Gebietsteile die grösste Beschränkung aufzuerlegen, rechnen könnte, wenn man auf der andern Seite den guten Willen zu ehrlicher, gemeinsamer Kulturarbeit in überzeugender Weise zum Ausdruck bringt. Denn die Erkenntnis, dass der Kulturfortschritt nur sichergestellt wird, wenn die westlichen Kulturvölker Europas in enger Berührung miteinander gemeinsam an ihm und für ihn arbeiten, dürfte in Deutschland trotz allen Unrechts, das man ihm durch die schmächtigsten Verleumdungen zugefügt hat, die Bereitschaft aufrecht erhalten, mit den Westmächten der Entente in eine dauernde, auf ehrliche Verständigung gegründete Kulturgemeinschaft einzutreten. Das kleine Häuflein derer, die über die deutsche Westgrenze schielen, dürfte für die Durchsetzung des deutschen Volkswillens keinen Ausschlag geben. Eine derartige Verständigung dürfte auch auf der politischen Landkarte keine wesentlichen Veränderungen im Gefolge haben, wenigstens nicht nach Westen hin.

Anders liegt die Sache im Osten. Dort sitzt der gemeinsame Feind der ganzen europäischen Kultur. Nicht, dass dem russischen Volk Gewalt getan werden sollte! Aber es liegt im Interesse der künftigen Wohlfahrt des russischen Volkes, seiner Befreiung von dem alle Volkskräfte aussaugenden und niederhaltenden russischen Absolutismus, dass die russische Ausdehnungspolitik durch wirksame Sicherungsmassregeln, die ganz Westeuropa gemeinsam zu treffen hätte, für die weitere kulturelle

Entwicklung der europäischen Völker ausgeschaltet und unmöglich gemacht und so Russland gezwungen würde, sich der innern Kultivierung seiner Völker zuzuwenden. Russland kommt nicht von selbst zu solcher Selbstbescheidung, es muss dazu gezwungen werden, indem es in seiner Westgrenze so beschnitten würde, dass zwischen ihm und Westeuropa ein unter dem Schutze des letzteren stehender Staat entstünde, der ein Bollwerk gegen die Ausdehnungsgelüste Russlands bildete. Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Westmächte wäre natürlich, dass sie sich selbst aller Eroberungspolitik enthielten, sich gegenseitig ihren Besitzstand garantierten, die Freiheit der Meere und die offene Tür für den Handel — sowie ferner den Staaten, die einen bedeutenden Volksüberschuss haben, eine Siedlungsmöglichkeit sicherstellten, die nicht an die Aufgabe der Nationalität gebunden ist.

Erwiderung von Dr. Karl Hochdorf

Unser Mitarbeiter hat sich in unserer letzten Nummer mit jenen Kriegszielen beschäftigt, die in der Annexion europäischen Landes durch Deutschland gesucht werden. Er kam zu der Schlussfolgerung, dass eine solche für die deutschen Nationalinteressen wertlos, ja, schädlich wäre. Im Folgenden behandelt er die anderen Kriegsziele, die vor der öffentlichen Meinung Deutschlands vertreten wurden; in unserer nächsten Nr. werden wir seine Ansichten über die Kriegsziele der Deutschland gegnerischen Mächte veröffentlichen.
 Die Schriftl. der «Menschheit».

II

Minder töricht ist die Forderung nach Landerwerb *ausserhalb Europas*. Die Annexion Marokkos z. B. würde entsprechende Siedlungsgebiete für deutsche Bauern liefern. Aber zwischen den deutschen Häfen und jenen Ueberseegebieten liegt das Meer. Und dieses Meer wird beherrscht von der britischen Flotte. Was immer die deutschen Unterseeboote an Heldenhaftem geleistet haben und wie sehr auch der Kriegsgegner sich vor soviel Unerschrockenheit neigen mag, irgend ein Anzeichen dafür, dass Deutschland in absehbarer Zeit in die Lage kommen könnte, ein Expeditionskorps nach Afrika zu verschicken, liegt nicht vor. Eine Uebergabe Marokkos an Deutschland wäre also nur durch ein Uebereinkommen mit den Westmächten möglich und meiner Auffassung nach haben dieselben seinerzeit einen schweren Fehler begangen, als sie Deutschland die Besetzung des herrenlosen Südmorokkos verweigerten. Sie haben es getan, weil sie Deutschland einen Machtzuwachs, die Gewinnung einer Position am atlantischen Ozean nicht gönnten; weil Deutschland diese Forderungen durch Kriegsdrohung unterstützte, deshalb wurden sie verweigert. Hätte es sich mit den Westmächten über alle Ueberseefragen freundschaftlich auseinandergesetzt, den englischen Plänen für Rüstungsbeschränkung zugestimmt, so wäre damit das Motiv eines Vetos gegen die neue Machtposition Deutschlands weggefallen und die wirtschaftliche Möglichkeit, die niemandem etwas zuleide getan hätte, wäre gewiss zugestanden worden. Aber all dies gehört nun der Geschichte an, schwere Fehler sind beiderseits begangen worden... Einen gangbaren Zukunftsweg, der Deutschland das marokkanische Siedlungsgebiet erschliessen und zugleich die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auf eine dauernd friedliche Basis stellen würde, hat Charles Deloncle in einer der letzten Nummern dieses Blattes (französische

Ausgabe) vom französischen Standpunkt angedeutet. Ich wage nicht zu hoffen, dass Vorurteilslosigkeit und ruhige Ueberlegung sich als hinreichend stark in Deutschland erweisen könnten, um diesen Weg zu beschreiten, der allein schon heute gangbar wäre und eine Befriedigung an sich berechtigter deutscher Wünsche ohne weiteres Blutvergießen und Aufopferung weiterer Volkskraft, die eben einen zu hohen Kaufpreis für die Erfüllung dieser Wünsche bedeuten würden, ermöglichen könnte.

Für den Fall jedoch, dass der Krieg aller Verunft zum Trotz weiter geht, und dass Deutschland sein Uebergewicht behauptet, so sei hiermit die einzige Forderung, die — als Gegenwert für die Rückgabe des Faustpfandes: *Belgien* — erreichbar ist, nämlich die *Abtretung Marokkos als Siedlungsland* und die Gewährung der « offenen Tür » in den anderen französischen und englischen Kolonien, die dem deutschen Handel diese, andernfalls von Boykott und wirtschaftlicher Rachepolitik bedrohten Absatzgebiete gewährleisten würde, angedeutet. Um jedoch jeder Irreführung vorzubeugen, sei ausdrücklich bemerkt: auch dieses Kriegsziel, das sich von den absolut sinnlosen übrigen Bestrebungen abhebt, rechtfertigt an sich weder den bisherigen Krieg, noch würde es eine hinreichende Entschädigung für eine endlose Fortführung des einmal begonnenen Krieges bieten; denn in einem weitem Kriegsjahr würden mehr deutsche Bauern und Bürger auf den Schlachtfeldern fallen als durch Ablenkung der ohnehin nur schwachen bisher nach Nord- und Südamerika gerichteten Auswanderung nach den für Deutschland zu gewinnenden Siedlungsgebieten in Nordafrika für den deutschen Staatsverband erhalten werden könnten: ein weiteres Kriegsjahr würde mehr Kriegskosten verschlingen, als in einem halben Jahrhundert an Steuergeldern aus Marokko eingehen könnten. (Der privatwirtschaftliche Gewinn der Siedler ist insofern nicht speziell einzurechnen, als dieselben Menschen ja heute in Südbrasilien gleichen privatwirtschaftlichen Gewinn erzielen können und der Unterschied zwischen beiden Richtungslinien der Auswanderung eben nur darin liegt, dass in einem Fall die betreffenden Steuergelder der deutschen Staatskasse erhalten bleiben — diesen Unterschied aber haben wir bereits oben berücksichtigt.)

Im übrigen sei empfohlen, die Frage des Geldwertes der Kolonien und seiner Begrenzung an Hand der Forschungen von Normann Angell oder auch der Gesichtspunkte im Buche *J'accuse* (1) nachzuprüfen. An letzterer Stelle wird gezeigt, dass die gesammte weiße Bevölkerung der deutschen Kolonien etwas über 27,000 Menschen, d. i. etwa 3,5 % des jährlichen Bevölkerungszuwachses in Deutschland betragen habe und dass der gesammte Handelsverkehr Deutschlands mit seinen Kolonien in Ein- und Ausfuhr sich auf etwas über hundert Millionen Mark belaufen habe gegenüber 20,000 Millionen der gesammten Ein- und Ausfuhr Deutschlands, also etwa 5 % des deutschen Aussenhandels. Weder nach der wirtschaftlichen Seite hin, noch in der Richtung einer entsprechenden Ablenkung des deutschen Bevölkerungszuwachses haben also die bisherigen Kolonien Deutschlands irgend welchen beträchtlichen Wert gehabt und dasselbe gilt auch von beliebigen neuen Tropenkolonien (z. B. dem belgischen Kongostate), die von manchen in Deutschland als beachtenswerte Kriegsziele genannt werden.

III

In manchen Kreisen Deutschlands, u. zw. gerade in solchen mit vergleichsweise weitem Gesichtskreis, hat man ein anderes Kriegsziel proklamiert, die *Freiheit der Meere*. Dernburg hat diesen Gesichtspunkt in einer vielbeachteten Rede ausgeführt und Umfrid, zweiter Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, ihn in den Spalten dieses Blattes auseinandergesetzt. Untersuchen wir jedoch, welcher praktische Sinn dem form-schönen Schlagwort zugrunde liegt, so finden wir neben interessanten, doch unerreichbaren Zielen andere, die an sich wertlos sind. Dernburg sprach besonders vom *Verzichte Englands auf das See-*

beuterecht. Das wäre also eine neue Zufügung zu jenem, von den Haager kodifizierten Konferenzen *Kriegsrecht*, das im ganzen Verlauf dieses Krieges so schmachlich in sich zusammengebrochen ist. Wir haben in der Praxis bestätigt gefunden, dass die *Humanisierung des Krieges ein Traum war*. Ob überhaupt ein schöner Traum, werden manche von uns, die dem Kriege in keiner Form Bürgerrecht in der modernen Welt belassen wollen, auch verneinen. Im Kriege hat das « Recht » keine Stätte, denn es fehlt an einem unparteilichen, mit Zwangsvollmachten ausgestatteten Gericht, das Verletzungen des Kriegsrechts ahnden würde; die Kriegführenden selbst sind viel zusehr von Rachewünschen beseelt und vom Siegeswillen erfüllt, als dass sie sich von solchen papiernen Schranken bei Erfüllung irgend einer ernstesten Kriegshandlung beeinflussen liessen. Bestimmungen für Schutz der Verwundeten mochten eingehalten werden, weil sie der Erreichung des Kriegszieles in keiner Weise entgegenstanden. Aber schon das Verbot der giftigen Gase wurde nicht eingehalten, weil es eben die ungehemmte Handlungsfreiheit in der Richtung des Siegeswillens gemindert hätte, ebenso wenig die Vorschriften für Schutz der Handelsschiffe, deren Ladung wohl zu überprüfen, die aber nicht zu vernichten seien.

Nötigenfalls hat immer der Vorwand der *Repressalie gegen böses Tun des Feindes* dazu gedient, um jede Verletzung des Kriegsrechts vor dem eigenen Volke als Heldentat erscheinen zu lassen und gegenüber den Neutralen zu bemänteln. Welchen Vorteil hätte es unter diesen Verhältnissen, wenn England *verspräche*, künftig keine Handelsschiffe mehr zu kapern? Im Ernstfall würde es als Repressalie gegen irgenwelchen anderen vermeintlichen Rechtsbruch doch wieder zu seinem lieb gewordenen Kriegsmittel zurückgreifen... Und um solcher *utopischen* Aussicht auf eine Wandlung der Methoden in *künftigen* Kriegen willen sollte Deutschland den *jetzigen* Krieg weiter führen? Und im Frieden, der diesen Krieg *endet*, soll als wichtigste Bestimmung eine Regel aufgenommen werden, die scheinbar Deutschlands Aussichten in einem *neuen Seekriege* verbessern würden? Dies Kriegsziel ist ebenso wertlos in seinem Inhalt als es jedes Vertrauen der Gegenpartei in die Ernsthaftigkeit des *Friedenswillens* zerstören würde.

Interessanter schon wäre es, wenn England dazu verhalten werden könnte, Deutschland *einige seiner Seefestungen und Kohlenstationen (Gibraltar, Aden oder Hong-kong) abzutreten*. Das würde gewiss die Chancen eines künftigen deutschen Seekrieges ernstlicher beeinflussen, als das trügerische Versprechen einer Aufgabe des Seebeuterechts. Aber auch diese Forderung ist utopisch, weil sie eben eine völlige Niederzwingung Englands voraussetzt, d. i. gerade jenen Kriegserfolg, für den bisher gar nichts geschehen ist. Wer aber die in Jahrhunderten entwickelte Psychologie Grossbritanniens kennt, der wird nicht einen Augenblick es für möglich halten, dass England, um französisches oder belgisches Land von feindlicher Besetzung zu befreien, freiwillig seine Seefestungen, ehe auch nur ein deutscher Schuss auf sie gefallen, abtreten und damit Deutschland für die *Zukunft* eben jenen Erfolg in einem deutsch-englischen Kriege ermöglichen würde, den es *diesmal* noch hat verhindern können.

Solche utopische Forderungen sind nicht gefährlich im Fall ihrer *Verwirklichung* (wie es etwa die Annexion Belgiens wäre), sondern sie sind gefährlich eben, weil sie *nie* verwirklicht werden können und so den Krieg *endlos* hinausziehen.

IV

Andere Kreise Deutschlands verlangen eine *Geldentschädigung* für die Kriegsausgaben. Und derselbe Wunsch besteht ja auf Seiten der gegnerischen Mächte: an sich gewiss eine banalvernünftige Forderung. Aber wenn man den Krieg noch ein Jahr weiter fortführt, und 50 Milliarden dafür aufwendet, um am Schlusse 50 Milliarden Kriegsentschädigung zu erhalten, so hebt sich die Rechnung in Geld auf (wenn man die indirekten wirtschaftlichen Schädigungen durch Zerrüttung der Industrie nicht in Berücksichtigung zieht) und der *Verlust von 500,000 jungen Menschenleben bleibt*

als ungedecktes Passivsaldo der Operation übrig. Angenommen aber sogar, man könne durch Aufopferung von 50 Milliarden Kriegskosten, 500,000 Menschenleben, 100,000 Verstümmelungen und 100,000 dauernden Siechtumsfällen eine Kriegsentschädigung von 100 Milliarden erspressen, so könnte man die Operation dann so definieren: Man verkaufe Leben und Gesundheit von 700,000 jungen Menschen um den Preis von 50 Milliarden. Das Menschenleben käme also auf etwa 80,000 Mark zu stehen, vielleicht ein « gutes Geschäft », aber ein schmachlicher Handel, und wer ihm ernstlich ins Auge blickt, wird davor zurückscheuen.

V

Wieder andere Kreise Deutschlands glauben den Krieg fortsetzen zu sollen, um auf diese Weise einen *dauernden Frieden* zu erkämpfen. Sie meinen Frankreich, Russland und England so *schwächen* zu können, dass sie in Zukunft, *Deutschlands führende Stellung anerkennend*, Frieden halten müssten.

Diese Hoffnung ist kindisch. Die Geschichte lehrt, dass besiegte Völker gerade im Rachetrieb ein solches Motiv für Konzentrierung aller Kräfte auf das Ziel der militärischen Wiederherstellung und in der Niederlage solchen Anlass für Reform der entsprechenden Verwaltungszweige finden, dass sie in kurzem gefährlicher dastehen denn je, geneigter als je, wieder zu den Waffen zu greifen und den Friedenszustand aufzuheben. Werden Beispiele verlangt? Wir brauchen wahrlich nicht bis auf Karthago in den punischen Kriegen zurückzugreifen, Oesterreich nach Rivoli, Marengo und Austerlitz, Preussen nach Jena, Piemont nach Novara und ganz jüngst wieder die Türkei nach dem Balkankrieg.....

Und ist Frankreich durch die Niederlage bei Sedan als gefährlicher Feind Deutschlands in Europa *ausgeschaltet* worden?

Lässt dieser Krieg bei der einen der beiden kämpfenden Parteien den Stachel schwerer *Demütigung* zurück, so muss auf ihn eine Periode *vermehrter* Waffenrüstung, steter Kriegsgefahr folgen, von irgendwelchem Dauerfrieden kann dann gar keine Rede sein. Will man dies letztere schöne Ziel erreichen, dann vermeide man jede weitere Kriegsstunde, die nur weiteren Hass ansammelt, dann vereinbare man einen Frieden, der bei keiner Partei Rachebegierde auslöst, dann vermeide man jede Annexion, die zu neuen Befreiungskämpfen führen müsste, dann vereinbare man vor allem die Einrichtung eines internationalen Rechtssystems, das die friedliche Austragung aller künftigen Völkerkonflikte gestattet! (1)

Aber die Erreichung des Dauerfriedens durch Beseitigung der internationalen Anarchie kann nicht wohl unter die *Kriegsziele* eingereicht werden und bedeutet keine Antwort auf die Frage: « Wofür kämpft man? » Denn während all die anderen z. T. utopischen, z. T. wertlosen Kriegsziele nur durch Ströme von Blut erkaufte werden könnten, kann dies Ziel *ohne einen weitem Schwertstreich* vermöge blosser Ueberwindung der *Vorurteile* in beiden kriegführenden Lagern durch die erkannte wissenschaftliche Wahrheit — erreicht werden.

Ein letzter Einwand: *Wofür* habe man « dann » soviel kostbares Blut vergossen — wenn man nun gar nicht *entschädigt* werden solle? Warum?

Umsonst!!

Weil diejenigen, die zum Krieg geschritten sind — von allen ethischen Gesichtspunkten abgesehen — die wahren Interessen ihres eigenen Volkes nicht erfasst haben.

Wenn man nun aber, um für die Folgen der eigenen Torheit entschädigt zu werden, den Krieg endlos hinaus zieht und Torheit auf Torheit, Opfer auf Opfer häuft, ohne dass eine Entschädigung wie wir oben gesehen, überhaupt *möglich* ist, so muss das Passivsaldo des Krieges nur immer wachsen und wachsen... und der Opfer, die *ohne* Entschädigung bleiben, werden stets mehr und mehr.

Fortsetz. dieser Erwiderung in unseres nächsten Nummer.

(1) Siehe das Mindestprogramm, das von der internationalen Verständigungskonferenz im Haag Ende April beschlossen wurde und die gleichgerichteten Forderungen der internationalen Konferenz zu Bern vom Monat Mai.

(1) Lausanne, Verlag Payot.